

Interview

„Krise nutzen für Veränderungen“

Anwalt Ulf Martini über Firmen in Not und die Gefahr von steigenden Insolvenzen

BERLIN - Geschlossene Geschäfte, abgesagte Messen, eingebrochene Märkte: Aufgrund der Corona-Krise sind viele Unternehmen in finanzielle Schieflage geraten. Welche Möglichkeiten das Insolvenzrecht bietet, um durch die kommenden schwierigen Monate zu kommen, erläutert Insolvenzanwalt Ulf Martini im Gespräch mit Hannes Koch.

Herr Martini, als Insolvenzanwalt beraten Sie Unternehmen, deren Existenz auf dem Spiel steht. Nun erhalten Sie mehr Anfragen. Hat das mit Corona zu tun?

Ja, sehr viele Firmen spüren die Krise – besonders die, die schließen mussten. Kolleginnen und Kollegen in anderen Kanzleien berichten Ähnliches.

Die Unternehmen erkundigen sich bei Ihnen oft nach der Möglichkeit einer Sanierung, einem speziellen Insolvenzverfahren. Welchen Sinn hat das?

Das Insolvenzrecht bietet einen Werkzeugkasten mit mehreren Instrumenten. Da geht es nicht nur darum, Firmen abzuwickeln und zu schließen. Eine andere Variante besteht darin, sie in Eigenverwaltung der bisherigen Eigentümer zu sanieren. Zum Beispiel im Rahmen eines Insolvenzplans muss man sich etwas mit den Gläubigern einigen, auf welchen Teil der Schulden diese verzichten, wie viel die Firma zurückzahlen kann. Eventuell geht es auch darum, neue Kapitalgeber ins Unternehmen hineinzuholen oder es aus einem geregelten Insolvenzverfahren heraus zu verkaufen.

Steckt im Sanierungsverfahren die Chance zu überwinden nach dem Motto: Nächstes Jahr geht es neu los?

Nehmen wir als Beispiel eine Firma für Messebau. Da könnten die Eigentümer durchaus zu dem Schluss kommen, dass dieses Jahr gelaufen ist, weil die wichtigen Messen abgesagt wurden. Dann ist es vielleicht keine gute Idee, die staatlichen Corona-Hilfen in Anspruch zu nehmen und sich weiter durchzuhangeln. Sinnvoller mag es erscheinen, jetzt den Insolvenzantrag zu stellen, vorhandene finanzielle Reserven zu sichern und im Januar neu anzufangen.



Wie hier in Eisenach haben aufgrund der Corona-Pandemie viele Geschäfte und Betriebe geschlossen – und werden teils auch nicht mehr öffnen. Rechtsanwalt Ulf Martini befürchtet, dass viele Firmen die Krise nicht überleben. FOTO: MARTIN SCHUTT/DPA

Wie lautet Ihr Rat an die Firmen? Seien Sie ehrlich zu sich selbst. Man kann die Krise nutzen, um Veränderungen vorzunehmen, die sowieso notwendig erschienen. Eventuell ist nun die Gelegenheit, sich von Produkten und Produktionslinien zu trennen, die eigentlich schon länger nicht mehr konkurrenzfähig waren.

Erstaunt Sie, dass Unternehmen, die bis vor kurzem florierten, schon nach vier Wochen die finanziellen Reserven ausgehen?

Nein. Wir kommen aus einer zehnjährigen Wachstumsphase. Weil es insgesamt gut lief, überlebten auch schwache Geschäftsmodelle. Es war bekannt, dass die nächste Krise viele Unternehmen in Schwierigkeiten bringen würde.

Sollte man nicht erwarten, dass Geschäfte und Handwerksbetriebe bei normalem Betrieb Polster anlegen, damit sie ein paar schlechte Monate überstehen?

Bei vielen klappt das, bei anderen nicht. Auch große Unternehmen erwirtschaften teilweise nur geringe Gewinnmargen. Oft bewegen sie große Summen, aber es bleibt wenig hängen. Außerdem steigen in Boomphasen die Kosten stark.

Zur Person



Rechtsanwalt Dr. Ulf Martini (Foto: Privat) ist Spezialist für Firmeninsolvenzen und Partner der Martini-Rechtsanwälte PartGmbH in Mannheim. Er lehrt Insolvenz- und Sanierungsrecht an den Dualen Hochschulen des Landes Baden-Württemberg in Mannheim und Ravensburg.

Wenn Firmen wegen Corona die Miete nicht zahlen können, dürfen die Vermieter ihnen augenblicklich nicht kündigen. Was passiert, wenn die Mieten im Juli wieder fällig werden?

Viel hängt davon ab, wie lange die Schließung noch dauert. In jedem Fall sind die Mietzahlungen nur gestundet. Die Unternehmen müssen sie nachzahlen. Wir raten dazu, sich schon jetzt mit den Vermietern über diese Situation zu unterhalten – auch wenn manche darauf hoffen, dass die Politik den Kündigungsschutz verlängert.

Rechnen Sie jetzt mit einer Welle von Pleiten im Sommer und Herbst?

Die Zahl der Insolvenzen wird dann wohl deutlich zunehmen. Kein Wunder: Zum Jahresbeginn 2020 hatten wir so wenige Insolvenzanträge wie zuletzt vor der Finanzkrise 2008. Dass dieser Zustand nicht ewig anhalten würde, war klar.

Investoren fühlen sich von Daimler getäuscht

Bisher kam der Autobauer recht glimpflich aus der Dieselfläre – Doch jetzt droht Ärger aus dem eigenen Lager

Von Nico Esch

STUTTGART (dpa) - Wer den Autobauer Daimler wegen der Dieselfläre auf Schadenersatz verklagt, hat bisher offenkundig eher schlechte Karten. Tausende Autobesitzer, die dem Konzern illegale Tricks bei der Abgasreinigung vorwerfen und sich getäuscht fühlen, sind schon vor Gericht gezogen – meist allerdings ohne Erfolg. Von etwa 2200 Verfahren vor den diversen Landgerichten in Deutschland seien bisher nur gut 80 zu Gunsten der Kläger ausgegangen, sagt Daimler. Und in der nächsthöheren Instanz, vor den Oberlandesgerichten, von fast 60 sogar keines. Dazu gebe es einige Vergleiche, eine Zahl „im niedrigen zweistelligen Bereich“, heißt es vom Konzern.

In seiner Heimatstadt Stuttgart droht Daimler aber noch eine juristische Großbaustelle ganz anderer Art. Seit Monaten arbeitet das dortige Landgericht einen Stapel von Klagen und Anträgen von Daimler-Investoren ab, die ebenfalls Schadenersatz verlangen – allerdings aus anderen Gründen. Der Autobauer, so ihre Argumentation, habe eine illegale Abschalttechnik in seinen Fahrzeugen verwendet und den Investoren die damit verbundenen finanziellen Risiken verschwiegen. Damit seien die Aktien, die sie damals gekauft haben, zu teuer gewesen. Und das wollen sie sich am liebsten gleich in einem Musterverfahren vom Oberlandesgericht Stuttgart bescheinigen lassen.

Wann es dazu kommt, ist allerdings unklar. Das zunächst einmal zu ständige Landgericht muss alle An-

träge bündeln, die darin aufgeführten sogenannten Feststellungsziele unter einen Hut bringen und den Fall dann dem Oberlandesgericht vorlegen. Und die Anträge sind zahlreich und kompliziert. „Sowohl die Kläger- als auch teilweise die Beklagtenseite hat darin umfangreiche und komplexe Feststellungsziele formuliert“, sagt eine Gerichtssprecherin. „Es gibt Anträge, in denen alleine die Klägerseite 82 Feststellungsziele formuliert hat.“

Einen ganzen Schwung von Anträgen, die von der auf Anlegerklagen spezialisierten Kanzlei Tilp aus Kirchentellinsfurt eingereicht wurden, hat das Landgericht Mitte Februar öffentlich gemacht und damit eine formale Voraussetzung für ein Musterverfahren eigentlich erfüllt. Es gebe

aber noch weitere, sehr komplexe Anträge, zu denen das Gericht noch auf Stellungnahmen der Parteien warte. „Danach wird die Kammer zu gegebener Zeit über das weitere Vorgehen entscheiden“, sagt die Sprecherin.

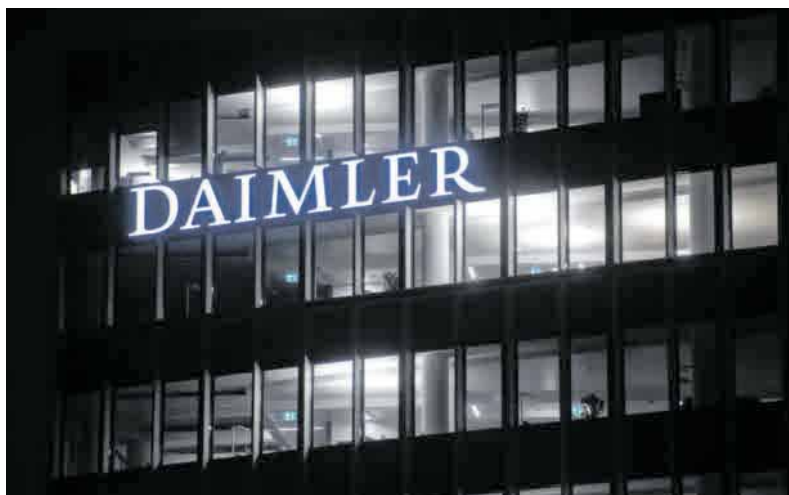
Tilp vertritt auch im Kapitalanleger-Musterverfahren gegen Volkswagen die Klägerseite. Noch zu Jahresbeginn war die Kanzlei von Rechtsanwalt Andreas Tilp davon ausgegangen, dass das angestrebte Verfahren gegen Daimler noch vor der Sommerpause beginnen könne. Aber das war noch vor Corona. Aktuell gebe es daher keinen neuen Stand, heißt es aus der Kanzlei.

Daimler kann in einem Musterverfahren nicht konkret zu Schadenersatz verurteilt werden. Es würden da-

rin nur grundsätzlich relevante Umstände geklärt, also vor allem, ob Daimler tatsächlich bestimmte Informationen hätte veröffentlicht müssen – oder eben nicht. Darauf könnten und müssten sich andere Gerichte dann in einzelnen Verfahren aber einheitlich stützen.

Das Landgericht Stuttgart muss sich deshalb parallel zu den Musterverfahrensanträgen bereits auch mit solchen Einzelverfahren gegen Daimler befassen. Etwa 65 seien es im Moment, heißt es, und auch sie zum Teil sehr umfangreich, aber mit der gleichen Stoßrichtung. Daimler habe gegen die Vorgabe verstoßen, den Kapitalmarkt über Insiderinformationen in Kenntnis zu setzen. „Die Kläger haben deshalb die Daimler-Aktien zu teuer erworben, dafür haftet Daimler nach unserer Überzeugung auf Schadenersatz“, hatte Tilp Anfang des Jahres betont. Er hatte damals eine Klage eingereicht, mit der mehr als 200 institutionelle Investoren, also zum Beispiel Banken oder Fonds, fast 900 Millionen Euro fordern.

Daimler wehrt sich, wie auch im Fall der klagenden Autobesitzer, gegen die Vorwürfe. Der Konzern ist zwar den Anweisungen der Behörden gefolgt und hat Hunderttausende Fahrzeuge für ein Software-Update in die Werkstätten gerufen. Er beharrt aber darauf, keine unzulässige Technik verwendet zu haben. „Wir halten die Klagen für unbegründet und werden uns gegen die Vorwürfe mit allen juristischen Mitteln verteidigen – gegebenenfalls auch in einem etwaigen Musterverfahren“, sagt ein Sprecher.



Konzernzentrale der Daimler AG in Untertürkheim: Tausende Autobesitzer, die dem Autobauer illegale Tricks bei der Abgasreinigung vorwerfen, sind schon gegen Daimler vor Gericht gezogen. Jetzt formieren sich auch die Investoren und hoffen auf ein Musterverfahren. FOTO: MARIJAN MURAT/DPA

Kurz berichtet

23 500 Erntehelfer aus Osteuropa für Landwirtschaft angemeldet

BERLIN (dpa) - Die in der Corona-Krise vorgesehenen Anmeldungen von Saisonkräften aus Osteuropa für die Landwirtschaft kommen in Gang. „Die erste Woche ist ordentlich angelaufen“, sagte Bauernpräsident Joachim Rukwied der „Rheinischen Post“. Auf einer Plattform des Verbandes hätten sich inzwischen mehr als 1500 Betriebe mit 23 500 Erntehelfern für die Arbeit in Deutschland registriert – darunter 16 500 für April und 7000 für Mai. In diesen beiden Monaten sollen nach einer Regelung der Bundesregierung insgesamt 80 000 Kräfte unter strengen Gesundheitsauflagen eingeflogen werden können.

Rukwied sagte: „Wir sind erleichtert, dass eine Lösung für die Einreise der Saisonarbeiter gelungen ist. Die Betriebe sind arbeitsfähig.“ Die Entwicklung im zweiten Halb-

jahr sei aber noch offen. Es folge ein zweiter Schwerpunkt bis September und Oktober mit der Obsternte und Weinlese. „Da reichen die Saisonarbeitskräfte, die jetzt da sind, mit Sicherheit nicht aus.“ Derzeit gebe es noch eine Lücke von etwa 150 000 benötigten Kräften.



Die ersten Erntehelfer sind da: Rumänische Saisonarbeiter steigen am Flughafen Hahn aus einer Maschine. FOTO: DPA

Corona-Krise lässt Gewinne von US-Banken einbrechen

NEW YORK (dpa) - Industrieproduktion, Einzelhandel, Finanzsektor: Die Corona-Pandemie trifft wichtige Stützen der US-Wirtschaft mit voller Wucht. Die weltgrößte Volkswirtschaft steuert mit hohem Tempo in eine schmerzhaft Rezession. Angesichts neuer Konjunkturdaten vom Mittwoch warnten Experten vor einem „beispiellosen Absturz“. Die großen US-Banken bereiten sich unterdessen mit milliardenschweren Rückstellungen auf eine drohende Lawine von Kreditausfällen vor. An den Börsen gingen Anleger wieder in die Defensive.

Schnellkreditprogramm für den Mittelstand gestartet

FRANKFURT (AFP) - Das Schnellkreditprogramm der Bundesregierung für von der Corona-Krise betroffene mittelständische Unternehmen ist am Mittwoch gestartet. „Wir erwarten eine hohe Nachfrage“, sagte eine Sprecherin der staatlichen Förderbank KfW. Der Staat bürgt bei diesem Programm vollständig für Unternehmenskredite bis 800 000 Euro, so dass eine langwierige Prüfung durch die Hausbank entfällt. Den Kreditantrag stellt die jeweilige Hausbank; Geld der KfW werde ab Mittwoch kommender Woche fließen, wie die Sprecherin weiter sagte. „Die Banken können aber vorfinanzieren.“ Kommende Woche wird die KfW demnach erste Zahlen zur Nachfrage veröffentlichen.

Viele Eltern müssen Arbeitszeit reduzieren

BERLIN (AFP) - Die Corona-Schutzmaßnahmen treffen vor allem Eltern hart. Im Vergleich zu Kinderlosen steigt bei ihnen die Wahrscheinlichkeit, mit verringertem Stundenumfang zu arbeiten, um 16 Prozentpunkte. Davon sind Mütter stärker als Väter betroffen. Das zeigen die am Mittwoch veröffentlichten Zwischenergebnisse einer Onlineumfrage von Sozialwissenschaftlern des Wissenschaftszentrums Berlin. Weitere Erkenntnisse der Umfrage: Selbstständige und Geringverdienere treiben Existenzsorgen um und im Homeoffice können eher Akademiker als Menschen ohne Hochschulabschluss arbeiten.

Siemens fühlt sich durch die Krise nicht gefährdet

MÜNCHEN (dpa) - Siemens-Chef Joe Kaeser geht davon aus, dass sein Unternehmen die Corona-Krise gut übersteht. Die Produkte des Konzerns würden weiter gebraucht und man habe „ausreichende Liquidität – auch für eine längere Zeit“, sagte er in einem Interview mit dem „Donaukurier“ und der „Passauer Neue Presse“. „Um Siemens ist mir also nicht bang, auch wenn ein paar herausfordernde Quartale vor uns liegen.“ Es gebe aber Lieferanten, für die es eng werde und Kunden, „die bereits schwer zu kämpfen haben“. Kündigungen in der Krise erteilte Kaeser eine Absage, auch Kurzarbeit gebe es bisher nur in geringem Umfang. Zudem arbeite Siemens derzeit daran, Mitarbeiter in der ganzen Welt in ihre Heimatländer zurückzubringen.

Steuererleichterungen für gemeinnützige Vereine

STUTTGART (dpa) - Gemeinnützige Einrichtungen, die sich in der Corona-Krise engagieren, müssen sich künftig mit weniger Steuervorschriften plagen. So könnten etwa gemeinnützige Vereine bei Finanzlücken nun leichter auf eigentlich zweckgebundene Rücklagen zurückgreifen, teilte das Finanzministerium am Mittwoch mit. Verluste in einem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Betrieb könnten zudem mit Mitteln aus dem steuerbegünstigten Bereich ausgeglichen werden. Und wenn Vereine zum Beispiel Kranken oder Gefährdeten mit dem Einkauf helfen, das aber eigentlich nicht ihrem Satzungszweck entspricht, verlieren sie dadurch ihre Steuerbegünstigung nicht.

Energieagentur erwartet Einbruch der Öl-Nachfrage

PARIS (dpa) - Die Internationale Energieagentur (IEA) rechnet wegen der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise mit einem beispiellosen Rückgang der Nachfrage nach Rohöl. Im laufenden Jahr dürfe die Nachfrage um 9,3 Millionen Barrel pro Tag einbrechen, hieß es im Monatsbericht des Interessensverbands von Industriestaaten. Darin ist von einem Rekord-Rückgang der Nachfrage die Rede.

Ab sofort bis 50 Euro kontaktlos bezahlen

FRANKFURT/BERLIN (dpa) - Die ersten Girocardbesitzer in Deutschland können seit Mittwoch an der Supermarktkasse Beträge bis zu 50 Euro kontaktlos quasi im Vorbeigehen bezahlen. Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) verdoppelte das Limit für die Kartenzahlung ohne PIN-Eingabe im Handel von 25 auf 50 Euro pro Nutzung. Die Kreditwirtschaft will mit diesem Schritt die „hygienische Bezahlmethode“ in der aktuellen Situation unterstützen. „Kontaktlos“ bedeutet, dass der Kunde seine Karte nicht in ein Gerät einschieben muss. Die Daten werden verschlüsselt mit der Kasse ausgetauscht, wenn die Karte vor das Lesegerät gehalten wird.

Marktbericht

Stuttgart (15. April 2020) - Großvieh. Preise: Bullen A 185 – 195 Euro, Ø 192,8 Euro, Bullen B 17 – 180 Euro, Kühe A 130 – 140 Euro, Ø 135,1 Euro, Kühe B 110 – 125 Euro, Kühe C 85 – 105 Euro, Kühe D 75 – 90 Euro. Färse A 160 – 170 Euro, Ø 164,8 Euro, Färse B 150 – 160 Euro, Färse C 115 – 145 Euro. Um Notiz: 251 Bullen, 589 Kühe und 175 Färsen. Marktverlauf: mittel.

Stuttgart (15. April 2020) - Schlachtschweinepreise des Landesbauernverbands in Baden-Württemberg: Orientierung für den Direktabsatz, Woche vom 15. bis 22. April, abgeleitet vom Vereinigungspreis für Schlachtschweine vom 15. April 2020: aktuell: 1,66 Euro, Vorwoche: 1,66 Euro je kg Lebendgewicht. Quelle: VFHV BW, LBV